

Beschlußempfehlung und Bericht **des Finanzausschusses (7. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/6527 –

Kontinuierliche Berichterstattung über Einkommens- und Vermögensreichtum **in der Bundesrepublik Deutschland (Reichtumsbericht)**

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem sie verpflichtet wird, in regelmäßigen Abständen einen Bericht über die Verteilung und Entwicklung des Einkommens- und Vermögensreichtums in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/6527 – abzulehnen.

Bonn, den 23. April 1997

Der Finanzausschuß

Carl-Ludwig Thiele
Vorsitzender

Detlev von Larcher
Berichterstatter

Hans-Georg Seiffert
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Detlev von Larcher und Hans-Georg Seiffert**I. Verfahrensablauf**

Der Antrag „Kontinuierliche Berichterstattung über Einkommens- und Vermögensreichtum in der Bundesrepublik Deutschland (Reichtumsbericht)“ – Drucksache 13/6527 – ist dem Finanzausschuß in der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Februar 1997 zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Wirtschaft und dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen worden. Im Finanzausschuß ist die Vorlage am 16. April 1997 und am 23. April 1997 beraten worden. Der Ausschuß für Wirtschaft hat sich am 19. März 1997 mit dem Antrag befaßt, der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung am 12. März 1997.

II. Inhalt der Vorlage

In dem von der Gruppe der PDS eingebrachten Antrag – Drucksache 13/6527 – wird die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs aufgefordert, der sie verpflichtet, den Deutschen Bundestag in regelmäßigen Abständen über die Verteilung und Entwicklung des Einkommens- und Vermögensreichtums in der Bundesrepublik Deutschland zu unterrichten. In dem Bericht soll die Bundesregierung insbesondere geeignete Kriterien der Beschreibung von Einkommens- und Vermögensreichtum definieren, aufgrund dieser Kriterien die Entwicklung des Reichtums und dessen Verteilung darlegen sowie die gesellschaftlichen Zwecke aufzeigen, denen der Reichtum dient bzw. dienen sollte.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung der Vorlage.

Der Ausschuß für Wirtschaft empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Ausschußempfehlung

Die Gruppe der PDS hat zur Begründung ihres Antrags ausgeführt, das bisher vorhandene statistische Material zur Frage der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland sei unzureichend. Aufgrund dieser Unkenntnis über die tatsächliche Höhe des Reichtums fehle ein realistischer Maßstab zur Beurteilung eines gesellschaftlich zu sichernden sozio-kulturellen Grundniveaus. Ziel des Antrags sei nicht eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen, sondern lediglich eine verlässliche Datenbasis, dies auch in Zusammenhang mit der zunehmenden Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen.

Die Koalitionsfraktionen haben ihre Ablehnung des Antrags damit begründet, der Vorsitzende der Gruppe der PDS habe in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum explizit dargelegt, mit diesem Antrag solle eine Datenbasis für eine Veränderung des Reichtums in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden. Die hierdurch angestrebte Umverteilung sei in einer freien Marktwirtschaft abzulehnen.

Die Bundesregierung hat hierzu angeführt, zu der Thematik existiere bereits genügend statistisches Material. Im übrigen werde durch den Antrag eine Umverteilung angestrebt, die auch von der Bundesregierung abgelehnt werde.

Die Fraktion der SPD hat argumentiert, eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung von Reichtums- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland sei von Interesse, da nur lückenhafte statistische Daten zu dieser Thematik existierten. Da die Fraktion der SPD jedoch einen eigenen Antrag zu der Problematik einbringen werde, werde sie den Antrag der Gruppe der PDS ablehnen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 23. April 1997

Detlev von Larcher

Berichterstatter

Hans-Georg Seiffert

Berichterstatter

